Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrage- und Postgebühr. Einzelnummern 15 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstigen Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittler entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 240 — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Donnerstag, den 13. Oktober 1927**

Räumen! Räumen!

Trotz der steigenden Unruhe, die das innenpolitische und wirtschaftliche Leben in Deutschland erfüllt, sollte man als Deutscher doch nicht so ganz vergessen, daran zu denken, daß wieder einmal die „Regelung" der Besatzungsfragen im Rheinland eine nicht minder wichtige Angelegenheit darstellt. Nicht umsonst ist die Reise, die der deutsche Reichskanzler jetzt in das besetzte Gebiet hinein veranstaltet, gerade in einen Zeitpunkt gefallen, der die Durchführung eines Versprechens der Besetzungsmächte bringen sollte. Bei weitem noch übersteigt die Stärke der Besatzungsarmee die Zahl jener deutschen Truppen, die vor dem Kriege dort in Garnison standen; sie auf diese Zahl herabzusetzen, hat man zwar schon vor zwei Jahren versprochen, aber — dieses Versprechen halten ist eben etwas ganz anderes!

Der Reichskanzler ist denn auch bei seinem Aufenthalt in Koblenz und in Mainz recht deutlich geworden; bleibt uns doch wenigstens als letzte, allerdings stumpfe Waffe das Wort. Der Mainzer Oberbürgermeister wies darauf hin, daß seine Stadt fünftausend Mann fremder Besatzung mehr in seinen Mauern beherbergen muß gegenüber einer Friedensgarnison von rund 10 000 Mann. Was aber dabei auch besonders schwer zu tragen ist, sind die geradezu maßlosen Wohnungsansprüche, die von der Besatzungsarmee gestellt werden. Mehr als 2100 Wohnungen mit rund 10 600 Zimmern sind beschlagnahmt. In den anderen größeren Städten Rheinhessens sieht es nicht viel anders aus; mußten doch selbst Orte, in denen nie eine deutsche Garnison gelegen hat, Besatzungstruppen aufnehmen. Wenn die Engländer einmal vernünftig sind und einen Platz räumen, dann kommen die Franzosen und belegen den Ort — wie Bonn und Koblenz — aufs neue. Dr. Marx betonte denn auch sehr richtig, daß eine Herabsetzung der Besatzungsstärke an sich zu begrüßen sei, es aber doch in der Natur der Sache liege, daß dadurch an dem gesamten Tatbestand der Besetzung nichts geändert werde. Jetzt ist davon, infolge der Räumung der ersten Zone, die aber von einer entsprechenden Verminderung der Gesamtstärke nicht begleitet wurde, Hessen ganz besonders belastet. Bei der leider vorhandenen, aber doch tatsächlich überflüssigen Rivalität zwischen den englischen und den französischen Besatzungstruppen ist noch weniger damit zu rechnen, daß die Lasten fühlbar erleichtert werden. Man hofft natürlich auf eine stärkere Unterstützung durch Reichshilfe; aber noch sind nicht einmal jene Wunden ganz geheilt, die auch dem Rheinland durch das französische Vorgehen im Jahre 1923 geschlagen wurden.

Pessimistische Gemüter sind auch der durchaus nicht unrichtigen Ansicht, daß die kürzliche Zusammenkunft zwischen dem englischen und dem französischen Außenminister in Paris wieder mit einem Siege der zielbewußten Verzögerungspolitik wohlbekannter Pariser Kreise geendet hat. Nur einen wohlbekannter Pariser Kreise geredet hat. Nur einen Bruchteil des in Locarno und erst noch jüngst Versprochenen, außerdem verteilt auf einen möglichst langen Zeitraum, will man uns gnädigst erfüllen und lehnt es schroff ab, auch nur die geringsten Einzelheiten dessen bekanntzugeben, was man an angeblicher Besatzungsverminderung nun wirklich ausführen will. Es bleiben die „Rheinlandordonnanzen", die über das Rheinlandabkommen hinaus mit stärkstem Druck auf der deutschen Bevölkerung lasten; es bleiben die Manöver der fremden Truppen im angeblich doch neutralisierten Rheinland. Mögen wirklich ein paar Tausend verschwinden — es bleibt die Tatsache, daß eine solche Herabsetzung an dem gesamten Tatbestand der Besetzung nicht viel ändern kann."

*

Der Reichskanzler in Speyer.

Reichskanzler Dr. Marx ist in Fortsetzung seiner Besichtigungsreise durch das besetzte Gebiet von Mainz nach Speyer gereist. Aus Anlaß der Anwesenheit des Reichskanzlers fand im Regierungsgebäude ein Empfang statt. Nach dem Empfang begab sich der Reichskanzler in Begleitung des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held und des bayerischen Ministers des Innern Dr. Stützel an den Rhein, wo er sich von den auf die Dauer unhaltbaren Verhältnissen an der Schiffsbrücke und der Notwendigkeit einer festen Rheinbrücke durch persönliche Inaugenscheinnahme überzeugte. Nach der Besichtigung des Domes und des Pfälzischen Museums stattete der Reichskanzler unter anderem dem Bischof von Speyer, Dr. Sebastian, und dem protestantischen Kirchenpräsidenten der Pfalz, Fleischmann, einen Besuch ab.

*

Ludwigshafen gegen die Besetzung.

Der Stadtrat von Ludwigshafen hat einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Enttäuschung darüber Ausdruck gegeben wird, daß noch immer deutsches Land von fremden Truppen besetzt ist. Solange fremde Truppen entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages weiterhin auf deutschem Boden stehen, kann, so heißt es weiter, von einer wahren Befriedung Europas nicht gesprochen werden. Mit allem Nachdruck wird gefordert, daß der deutsche Rechtsanspruch auf Räumung des besetzten Gebietes schnellstens erfüllt wird, ohne daß hierfür irgendwelche weiteren Zugeständnisse gemacht werden. Außerdem erneuert der Stadtrat die Bitte, daß die bayerische Regierung und die Reichsregierung nichts unversucht lassen, daß Ludwigshafen baldigst von der militärischen Besatzung befreit wird und daß auch die sonstigen französischen Dienststellen aus dem Stadtgebiet zurückgezogen werden.

Hochbetrieb über dem Atlantik.

Zwei deutsche Ozeanflüge.

Am Mittwoch ist nun auch das Heinkel-Wasserflugzeug „D. 1220" zu seinem Langstreckenflug nach den Azoren gestartet. Nachdem es vor wenigen Tagen einen neuen Dauerweltrekord für Schwimmflugzeuge aufgestellt hat, war zu erwarten, daß die Heinkelmaschine sich bald auf die große Luftreise über den Atlantik begeben würde. Der Führer der Maschine ist Diplomingenieur Nerz, der bereits seit 1913 im Flugwesen erfolgreich tätig ist. Für den Ozeanflug kommt ihm zustatten, daß er als alter Marinemann die Azoren und die amerikanische Küste ausgiebig kennt. Während der letzten Zeit hat Nerz ein Flugzeug der Deutschen Lufthansa auf der Strecke nach Stockholm regelmäßig gesteuert. An Bord befinden sich ferner ein Funker und Hilfssteuermann Wilhelm Back, ebenfalls ein früherer Marineoffizier, und als Dritter der Monteur Rahde.

D 1220 bei Brunsbüttelkoog gelandet.

Warnemünde, 12. Oktober. Das Heinkelflugzeug D. 1220 ist heute nachmittag gegen 15 Uhr bei Brunsbüttel glatt gelandet, da sich eine kleine Reparatur am Wasserbehälter als notwendig erwiesen hatte. Man rechnet damit, daß das Flugzeug baldigst wieder starten kann.

Hamburg, 12. Oktober. Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist der Schaden am Kühler des Heinkel-Flugzeuges D. 1220 nur geringfügiger Natur. Er kann durch einfaches Löten behoben werden. Das Flugzeug wird aller Voraussicht nach morgen früh zum Weiterflug starten.

Zum Weiterflug gestartet.

Brunsbüttelkoog, 13. Oktober. Das Heinkelflugzeug D. 1220 ist heute vormittag 9,45 Uhr im hiesigen Binnenhafen zum Weiterflug in südwestlicher Richtung glatt gestartet. Ueber das nächste Ziel bewahrten die Piloten strengstes Stillschweigen.

Die „D. 1230" wird ihren Flug von Lissabon aus nach den Azoren jetzt ebenfalls fortsetzen. Die Bewohner der kleinen Atlantikinseln sind ebenso wie die ganze Welt gespannt, welches der beiden deutschen Flugzeuge dort zuerst eintreffen wird.

*

Französische Südamerikaflüge.

Der Südamerikaetappenflug der Franzosen scheint guten Erfolg zu haben. Die Piloten Costé und le Brix sind mit dem Flugzeug „Nungesser-Coli" in St. Louis im Staate Senegal gelandet, herzlich begrüßt worden und bereits nach Brasilien weitergeflogen. Zwei weitere französische Flieger, Leguin und Mermoz, die sonst den regelmäßigen Dienst von Toulouse nach Afrika versehen, starteten gleichfalls und trafen ohne Zwischenlandung glatt in St. Louis (Afrika) ein.

Die Brasilienflieger auf dem Weiterflug

Berlin, 12. Oktober. Nach einer Meldung der Abendblätter aus Paris sind die Piloten Coste und Le Brix heute morgen von St. Louis (Senegal) nach Brasilien gestartet. Ferner flogen Arrachart und Rignet heute von dem Mittelmeerhafen Istres nach Indien ab. Von den Fliegern Schalle und Rapin, die gestern nach Bangkog gestartet sind, hat man noch keine neue Nachrichten.

*

Atlantikflüge von Amerikanerinnen.

Eine Sensation bieten zwei waghalsige Unternehmungen amerikanischer Damen, die ohne Zwischenlandung von Amerika aus über den Ozean nach Europa kommen wollen. Es ist dies erstens Miß Ruth Elder, die von Roosevelt-Field bei Newyork mit einem einmotorigen Land-Aeroplan „American Girl" (amerikanisches Mädchen) nach Paris fliegen will. Der erfahrene Pilot Haldemann begleitet sie.

Miß Elder ist eigentlich Zahnarztgehilfin und hat erst vor kurzer Zeit das Flugexamen gemacht. Für ungünstige Wetterverhältnisse ist ihr Flugzeug nach fachmännischer Ansicht nicht geeignet und sie muß eine gute Portion Glück haben, um ihr waghalsiges Unternehmen erfolgreich durchführen zu können. Echt jungmädchenhaft stieg sie, nur mit einem leichten Sportkostüm bekleidet, in das Flugzeug und sagte lächelnd, daß ihr die Gattin des französischen Botschafters in Paris schon eine Seidenrobe entgegenreichen würde, damit sie als ganze Dame in der Stadt der Eleganz auftreten könne. Eine Glückspuppe, einen Glücksring und eine Bibel hält die junge Amerikanerin für ebenso wichtiges Rüstzeug wie Gummianzüge, Leuchtpistolen und Raketen.

Etwas ernsthafter mutet der Flug der Nichte des verstorbenen Präsidenten Wilson, Miß Grayson, an, die einen Langstreckenrekord von Amerika nach Kopenhagen anstrebt. Sie startete in Old Orchard im Staate Maine mit dem Flugzeug „The Dawn" (Dämmerung) und hat an Bord noch einen Militärpiloten und einen Mechaniker.

Ueber dem Ozean gesichtet.

Berlin, 12. Oktober. Wie die Abendblätter aus Neuyork melden, besagt ein dort um 5.45 Uhr morgens aufgefangener Funkspruch des Dampfers „American Banker", daß die „Americangirl" auf 41 Grad nördlicher Breite und 65 Grad 4 Minuten westlicher Länge in voller Fahrt und in tadelloser Flugverfassung gesichtet worden sei.

Die sächsische Regierung zum Reichsschulgesetz-Entwurf.

Dresden, 12. Oktober. Die sächsische Staatszeitung veröffentlicht heute die Abänderungsanträge Sachsens zum Reichsschulgesetz und bemerkt dazu, daß diese Anträge weitergehend seien, als die der preußischen Regierung. Der Reichsschulgesetzentwurf wird als verfassungswidrig angefochten, weil er der Gemeinschaftsschule nicht die ihr von der Reichsverfassung gewährleistete Vorzugsstellung einräumt, sondern sie ebenso wie die Bekenntnisschule und die weltliche Schule zur Antragsschule macht. Die sächsische Regierung verlangt daher eine Aenderung des § 2, daß die Gemeinschaftsschule die Grundlage für das sächsische Volksschulwesen bleiben muß, wird als Voraussetzung dafür bezeichnet, daß die sächsische Regierung dem Reichsschulgesetz ihre Zustimmung geben könne. Für die Gewährleistung eines geordneten Schulbetriebes wird weiter eine Regelung gewünscht, die verhindert, daß die auf Antrag einzurichtenden Schulen eine übergroße Zersplitterung hervorrufen. Die sächsische Regierung stellt daher zum § 9 Abs. 2 einen Aenderungsantrag, der ein solches Ergebnis verhindern soll. Ferner wendet sich die sächsische Regierung gegen die Bestimmung, die die Schulhoheit des Staates beeinträchtigen könnte, oder auch nur eine mittelbare Wiederkehr der geistlichen Schulaufsicht in sich schließen könnte. Auch das Kontrollrecht der Religionsgesellschaften wünscht die sächsische Regierung weiter eingeschränkt zu sehen. Ebenso wie die preußische Regierung stelle die sächsische Regierung den Antrag, daß die Kosten des neuen Schulgesetzes vom Reich zu erstatten sind.

Der Existenzkampf des Einzelhandels.

Tagung der Hauptgemeinschaft in Berlin.

In der Mitgliederversammlung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels in Berlin hielt der preußische Handelsminister Dr. Schreiber eine Ansprache und führte nach einem Rückblick auf die letzte Tagung des Einzelhandels in Düsseldorf u. a. aus, unsere gesundende, aber keineswegs gesundete Volkswirtschaft bedarf dringend noch einer stetigen Periode weiterer Kräftigung. Die selbstverständliche Voraussetzung dabei ist, daß die ohnehin schweren Lasten, die der deutschen Wirtschaft auferlegt sind, aus Anlaß der Besoldungsregelung nicht etwa eine Erhöhung erfahren.

Die gegenwärtige Lage des Einzelhandels erschweren innere Strukturwandlungen, die sich im deutschen Wirtschaftsleben vollzogen haben. Die Warenhandelsbetriebe haben im jetzigen deutschen Reichsgebiet

um nicht weniger als 267 000 zugenommen.

Zu der Lockerung der Zwangswirtschaft für gewerblich benutzte Räume äußerte Dr. Schreiber seine Meinung dahin, das allgemeine Mietrecht müsse schleunigst dahin geändert werden, daß dem Mieter nur dann gekündigt werden dürfe, wenn ein wichtiger Grund für die Kündigung vorliege. Staatliche Maßnahmen allein könnten einem Wirtschaftszweig nicht voranhelfen. Vor allem müsse aus seinen eigenen Reihen der Antrieb kommen, den Kampf mit den veränderten Verhältnissen siegreich durchzuführen.

Die Lage des Lebensmitteleinzelhandels behandelte Herr M. Weiler-Essen. Die gesunkene Kaufkraft habe eine mengenmäßige Einschränkung der in der Vorkriegszeit von den großen Verbrauchermassen bevorzugten billigen Verbrauchsware um ungefähr 30 Prozent verursacht. Vielfach würde behauptet, daß im Lebensmittelhandel eine ungesunde Preisbildung vorliege, weil der Weg der Nahrungsmittel vom Erzeuger bis zum Verbraucher zuviel überflüssige Zwischenstellen habe. In Wirklichkeit sei der heutige Verteilungsweg derselbe wie früher.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF